



**Geschäftsführung
Ausschuss für die Gleichstellung von
Frauen und Männern**

Herr Neweling

Telefon: (0221) 26348

Fax: (0221) 26462

E-Mail: frank.neweling@stadt-koeln.de

Datum: 30.09.2022

Niederschrift

über die **1. Sondersitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 15.09.2022, 16:05 Uhr bis 16:58 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Derya Karadag	GRÜNE
Mario Michalak	GRÜNE
Floris Rudolph	GRÜNE
Manuel Jeschka	Volt vertritt Susanne Groß
Werner Marx	CDU
Friederike Steinmetz	Auf Vorschlag von CDU
Lukas Lorenz	SPD
Monika Möller	SPD
Christina Dumstorff	Auf Vorschlag von FDP

Beratende Mitglieder

Lisa Mandelartz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Dr. Marita Alami	Auf Vorschlag von GRÜNE
Julie Cazier	Auf Vorschlag von GRÜNE
Willi Harz	Auf Vorschlag von GRÜNE
Esther Kings	GRÜNE
Eva-Maria Gärtner-Plückthun	Auf Vorschlag von CDU
Dr. Thomas Günther	Auf Vorschlag von CDU
Angelika Maria Christ	Auf Vorschlag von SPD
Funda Rosenland	Auf Vorschlag von Die Linke
Alexandra Herzog	Auf Vorschlag von FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Ulrich Höddinghaus	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, vertritt Dr. Klara Groß-Elixmann
Christer Cremer	AfD, vertritt Matthias Büschges
Erika Oedingen	SPD, vertritt Carolin Kirsch

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Carolin Kirsch	Auf Vorschlag von SPD, vertreten durch Erika Oedingen
Susanne Groß	Auf Vorschlag von Volt, vertreten von Manuel Jeschka

Beratende Mitglieder

Matthias Büschges	AfD, vertreten von Christer Cremer
Prof. Dr. Anja Karlshaus	Auf Vorschlag von CDU
Dr. Helen Eckmiller	Auf Vorschlag von SPD
Silvia Thelen	Auf Vorschlag von SPD
Katja Krämer	Auf Vorschlag von Volt
Silvia Marchais-Raytchevska	Auf Vorschlag von GUT Köln
Dorsa Billstein	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Dr. Klara Groß-Elixmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, vertreten von Ulrich Höddinghaus
Maria Kunz	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Petra Maria Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Inge Linne	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Carine Weber	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

GPR

Janine Pollex

Seitens der Verwaltung waren anwesend:

Bettina Mötting, Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern, **Petra Engel**, **Melanie Gonzalez Remlinger** und **Laura Springorum**, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger eröffnet die 1. Sondersitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wahlperiode 2020/2025 um 16:05 Uhr.

Sie weist auf die aktuellen Hinweise zum Infektionsschutz Corona vom 27. Mai 2022 hin, nach denen das Tragen einer Maske grundsätzlich empfohlen wird, es in der Sitzung aber nicht verpflichtend ist.

Die Anwesenheitsliste wird aus Hygienegründen von der Verwaltung geführt.

Sie bittet darum, auf ein eingeschaltetes Mikrofon zu achten und inhaltliche Beiträge, mündliche Nachfragen etc. digital und schriftlich Frank Neweling zur Verfügung stellen.

Mona Jansen und **Hannes Ganze** vom Personal- und Verwaltungsmanagement haben sich für etwa 16:30 Uhr angekündigt.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter*innen der Verwaltung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

I Es gibt folgende Zusetzung:

Öffentlicher Teil

- 3.6 Antrag zum Förderprogramm "Gleichstellung von Frauen und Männern"
2947/2022

II Es liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Symposium zu Chancen und Risiken von Teilzeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Köln"
AN/1619/2022
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Wissenschaftliche Publikation „Auswirkung der Corona-Krise auf den Gender-Pay-Gap“
AN/1632/2022
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Konzeptvergabe zur Kürung einer „Managerin des Jahres“ und Preisverleihung"
AN/1648/2022

Monika Möller (Sachkundige Bürgerin (SB)) teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion freut, dass Mittel vorhanden sind, um entsprechende Anträge zu stellen. Die SPD-Fraktion lehnt die Dringlichkeit der Anträge unter 2.1 und 2.2 ab, äußert sich aber grundsätzlich positiv. Darüber hinaus moniert die SPD-Fraktion die Antragstellung unter 2.3 als Tischvorlage und lehnt den Antrag daher ab.

RM Christer Cremer hat große Zweifel an der Dringlichkeit und lehnt die Dringlichkeit ab. Wenn nicht eklatant ein Problem für die Stadt entstehen könnte, ist Dringlichkeit nicht gegeben. Deswegen sieht er die Dringlichkeit er bei keinem der vorliegenden Anträge gegeben.

Alexandra Herzog (Sachkundige Einwohnerin(SE)) betont, dass Dringlichkeit ein Thema ist. Dass die Mittel bis zum Ende des Jahres verausgabt werden sollen, ist nachvollziehbar. Inhaltlich sind die Anträge nachvollziehbar, allerdings hätte sich die FDP-Fraktion einen Hinweis vor der Sitzung gewünscht.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger stellt fest, dass alle drei Wortbeiträge die Dringlichkeit in Frage stellen.

RM Derya Karadag spricht für das Ratsbündnis. Sie bedankt sich für die Wortbeiträge und erläutert die Dringlichkeit. Auch das Ratsbündnis hat sich die Frage gestellt, ob eine Dringlichkeit vorliegt. Zum letzten Ausschuss war man für die Antragsstellung noch nicht so weit und hat sich dafür entschieden, die Sondersitzung zu den Stellenplänen zu nutzen, um die Anträge zu stellen. Die nächste Sitzung am 31. Oktober 2022 ist zu spät, um in diesem Halbjahr die drei Projekte auf den Weg zu bringen und um im nächsten Jahr die Früchte zu ernten. Auch soll die Verwaltung nicht übermäßig mit Planung und Ausführung belastet werden. Das Ratsbündnis, so Derya Karadag, geht davon aus, dass es hier im Ausschuss möglich sei, eine Dringlichkeit anzunehmen. Mit Blick auf die personelle Situation und um das Wissen von Vorlaufzeiten von bestimmten organisatorischen Maßnahmen will das Ratsbündnis die drei Projekte nicht gefährden und für eine Realisierung in 2023 einen ausreichenden Vorlauf gewähren. Aus diesem Grund bittet Derya Karadag den Ausschuss, die Dringlichkeit mitzutragen.

Teresa De Bellis-Olinger lässt über die Behandlung der drei Dringlichkeitsanträge in der heutigen Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt und gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

Die Dringlichkeitsanträge werden unter TOP 2.1 bis 2.3 behandelt.

III Verabschiedung der TO

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die Linke. und es ergibt sich die nachfolgende Tagesordnung.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

2 Anträge

- 2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Symposium zu Chancen und Risiken von Teilzeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Köln"
AN/1619/2022
zugesetzt

2.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
betreffend "Wissenschaftliche Publikation „Auswirkung der Corona-Krise auf
den Gender-Pay-Gap“"
AN/1632/2022
zugesetzt

2.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
betreffend "Konzeptvergabe zur Kürung einer „Managerin des Jahres“ und
Preisverleihung"
AN/1648/2022
zugesetzt

3 Allgemeine Vorlagen

3.1 Stellenplan für die Jahre 2023/2024
2346/2022

3.2 Stellenplan 2023/2024 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2082/2022

3.3 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt
Köln für das Jahr 2023/2024
2282/2022

3.4 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2023/2024
2307/2022

3.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für die Kalenderjahre
2023/2024
2308/2022

3.6 Antrag zum Förderprogramm "Gleichstellung von Frauen und Männern"
2947/2022
zugesetzt

I. Öffentlicher Teil

2 Anträge

2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Symposium zu Chancen und Risiken von Teilzeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Köln" AN/1619/2022

RM Derya Karadag erläutert den Antrag „Symposium zu Chancen und Risiken von Teilzeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Köln“. Teilzeit wird sehr von Frauen in Anspruch genommen und das Ratsbündnis wünscht sich mehr Führungskräfte in Teilzeit, mehr Teilung der Carearbeit und der Arbeit an sich in Teilzeit, mehr Männer in Teilzeit, um Teilzeit zu normalisieren und für Frauen und Männer gleichberechtigt zur Verfügung zu stellen. Das Ratsbündnis hält deswegen die Durchführung eines Symposiums in Köln für sinnvoll, das sich kölnweit dem Thema widmet und Akteur*innen aus Politik, Wissenschaft, Organisationen, Zivilgesellschaft zusammenbringt. Für 2023 sollte ein solches Symposium auf den Weg gebracht werden. Dies trägt auch der Flexibilisierung der Arbeit durch Corona Rechnung.

Monika Möller (SE) teilt mit, dass die SPD-Fraktion das Projekt grundsätzlich begrüßt und fragt nach, ob sich die genannten 25.000 Euro auf die Vorbereitung beziehen, und dies bedeutet, dass im nächsten Jahr weitere Mittel eingestellt werden müssten.

RM Derya Karadag erläutert, dass der Betrag als Gesamtsumme verstanden werden darf, um das Symposium durchzuführen. Das Ratsbündnis geht davon aus, dass sich weitere Akteur*innen – auch finanziell – beteiligen werden, wenn das Konzept gut ist.

Dr. Thomas Günther (SE) legt dar, dass es die Kreishandwerkerschaft Köln für wichtig hält, dass auch in der Wirtschaft Maßnahmen getroffen werden, damit eine faktische Gleichstellung möglich ist. Dies gelingt dann, wenn Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben ist. Bei höheren Positionen ist in der Wirtschaft meistens nicht eine Teilzeit gegeben; da ist die öffentliche Verwaltung schon weiter. Wenn dies evaluiert werden kann und Ideen entwickelt werden, was möglich ist, um auch in der Wirtschaft in Leitungspositionen Teilzeit einzuführen, ist das zu begrüßen.

Monika Möller (SB) teilt mit, dass es hilfreich gewesen wäre, wenn die angekündigte Akquise und die Erwartung an Drittmittel im Antrag aufgenommen wären, da für das Symposium 25.000 Euro sicher nicht ausreichend sein werden. Sie fragt, ob sichergestellt ist, dass mit Drittmitteln zu rechnen ist.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis stellt zusammenfassend fest, dass mit den angesprochenen Körperschaften im Vorfeld gesprochen wurde. Welche zivilgesellschaftlichen Gruppen beteiligt werden sollen, ist absichtlich nicht festgelegt worden. Dies soll dann in einem zu erstellenden Konzeptvorschlag aufgegriffen werden. Es gibt eine Offenheit für weitere mit dem Thema vertraute Gruppierungen.

RM Derya Karadag betont, dass es sich bei dieser Initiative um einen Prozess handelt, der sich stetig weiterentwickeln und wachsen kann.

Alexandra Herzog (SE) begrüßt, dass das Thema aufgegriffen wird. Frauenarbeit und Altersarmut sind Probleme, deren Gründe kultureller und struktureller Art sind. Es liegt auch an der Betreuungssituation: Es gibt keine Randzeiten und keine flexible Betreuung, so dass Arbeitszeiten reduziert werden müssen. Die gesellschaftliche Norm des „Zuverdiener-Modells“ ist tief verankert. Vor diesem Hintergrund sieht sie noch nicht, inwieweit das Symposium hier tatsächlich weiterhelfen kann.

RM Christer Cremer sieht es nicht als Aufgabe des Staates an, festzulegen, ob mehr Männer in Teilzeitarbeit sollen. Dies ist Sache der Männer und der Familien.

Teresa De Bellis-Olinger stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, im ersten Halbjahr 2023 ein Symposium zu Chancen und Risiken von Teilzeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Köln durchzuführen. Die Planung für das Symposium soll noch im Jahr 2022 beginnen, um die Realisierbarkeit in 2023 zu gewährleisten. Neben der Verwaltung selbst sollen zivilgesellschaftliche Organisationen, Wissenschaft, Politik und Akteur*innen rund um die Wirtschaft (insb. IHK, HWK sowie die KölnBusiness) eingeladen werden. Ziel ist es, den Status Quo in Köln zu beleuchten und daraus ggf. einen Maßnahmenkatalog für private Unternehmen und stadtnahe Gesellschaften in Köln zur Gleichstellung zu entwickeln.
2. Der Gleichstellungsausschuss stellt für dieses Vorhaben ein Budget von 25.000 € zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0111, Sonstige Innere Verwaltung, Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

2.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Wissenschaftliche Publikation „Auswirkung der Corona-Krise auf den Gender-Pay-Gap““ AN/1632/2022

Friederike Steinmetz (SB) erläutert den Antrag. Während der Lockdowns, in denen Kindergärten und viele andere Einrichtungen geschlossen hatten, ist noch sichtbarer geworden, dass Frauen zu Hause blieben und auf Gehalt verzichteten. Für die Metro-pole Köln hätte das Ratsbündnis gern eine genauere Aufschlüsselung, was in der Stadt passiert ist.

RM Derya Karadag fügt ergänzend an, dass der Gender Pay Gap nicht auf Köln runter gerechnet ist und es interessant ist, zu wissen, wie sich die auf Bundesebene erhobenen Daten auf Köln auswirken. Zudem und mit Blick auf Köln als Standort vieler Hochschulen regt sie an, dass die Verwaltung ein Augenmerk darauf hat, dass die

Zahlen regional erhoben werden, und die Kölner Stadtverwaltung vielleicht mit Kölner Bildungseinrichtungen in einem Vorzeigeprojekt kooperiert.

Monika Möller (SB) lobt die Idee und erfragt die Höhe der Folgekosten, da es ihr ausgeschlossen erscheint, mit 25.000 Euro eine solche Publikation in der dargestellten Form zu erstellen.

RM Derya Karadag erwartet keine Folgekosten, weil es eine einmalige Studie ist. Sie bezieht sich auf Erfahrungen aus dem Wirtschaftsausschuss. Demnach sind die veranschlagten Beträge für die Beauftragung von Hochschulen, Daten zu erheben und auszuwerten, ausreichend.

RM Christer Cremer (SE) sieht auch diesen Antrag angesichts der aktuellen Wirtschaftssituation und der drohenden Rezession für zu viel des Guten. Es gibt bundesweite Zahlen, aus denen sich Schlüsse ziehen lassen, dass die gesamte Lockdown-Politik in weiten Teilen nicht gut für Familien war, insbesondere für Familien mit kleinen Kindern und damit für Frauen.

Ausschussvorsitzende Teresa De Bellis-Olinger stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, eine wissenschaftliche Publikation zu den „Auswirkungen der Corona-Krise auf den Gender-Pay-Gap“ auf den Weg zu bringen, um darauf folgend eine Evaluierung vorzunehmen, welche geschlechtsbezogenen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kölner Bevölkerung, insbesondere auf Familien mit kleinen Kindern, sowie deren Erziehungspersonen hatte, um daraus Handlungsperspektiven für eine gleichberechtigte Gesellschaft ableiten zu können.
2. Der Gleichstellungsausschuss stellt für dieses Vorhaben ein Budget von 25.000 € zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0111, Sonstige Innere Verwaltung, Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

2.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Konzeptvergabe zur Kürung einer „Managerin des Jahres“ und Preisverleihung" AN/1648/2022

Friederike Steinmetz (SB) führt aus, dass es im vorliegenden Antrag dieses Mal nicht um Frauen als Opfer, sondern um erfolgreiche Frauen geht. Das Ratsbündnis lobt den Preis „Managerin des Jahres“ aus. Angesprochen sind damit alle Frauen, die sich in irgendeiner Form im Handwerk oder als Startup hervorgetan haben. Wichtig findet sie, dass der Preis, wenn er – alle zwei Jahre – vergeben wird, zeigt, dass er

eine Vorbildfunktion hat und junge Frauen eine Idee davon haben, was sie alles schaffen können, egal, ob sie studiert haben oder ob es im Handwerk ist.

Sie formuliert ergänzend zu Punkt 2 des Dringlichkeitsantrages: „(...) Sofern der Betrag nicht in vollem Umfang abgebildet werden kann, bitten wir die Verwaltung, die noch nicht veranschlagten Mittel aus demselben Teilergebnisplan zu verwenden wie im politischen Veränderungsnachweis 2022 am 4.10.2021 beschlossen.“

RM Derya Karadag gibt ergänzend an, dass „Managerin“ umfassend gemeint ist; die Verwaltung ist aufgefordert, hier eine entsprechende Titulierung zu finden. Sie weist auch darauf hin, dass mit Konzeptvergabe die Erstellung eines Konzeptes inklusive Preisgeld gemeint ist.

Monika Möller (SE) teilt mit, dass die SPD-Fraktion Probleme mit dem Begriff „Managerin des Jahres“, mit der kurzfristigen Tischvorlage als solche, der nicht vorgeschlagenen Höhe des Preisgeldes und einer möglichen Verzahnung mit dem Else Falk-Preis hat. Angaben dazu fehlen und deswegen kann dem Antrag nicht zugestimmt werden.

Friederike Steinmetz (SE) fügt an, dass ein Vorschlag für die Höhe des Preisgeldes mit dem Konzept vorgelegt und vorgeschlagen wird. Die Verleihung der Preise „Managerin“ und Else Falk soll alternierend erfolgen.

Dr. Thomas Günther (SE) findet es wichtig, dass im Gleichstellungsausschuss Frauen nicht immer nur im Zusammenhang mit benötigten Hilfen, Opferrolle und fehlender Gleichberechtigung, sondern eben auch im Zusammenhang mit Selbstverantwortung, Erfolg und Leistung thematisiert werden. In der Wirtschaft gibt es viele Unternehmerinnen, die sehr erfolgreich sind, Verantwortung tragen, Arbeitsplätze schaffen, Steuern zahlen und damit die Gesellschaft stützen. Leider gibt es sowohl in der freien als auch in der gewerblichen Wirtschaft immer noch sehr viele Männer. Deswegen soll die Kürung der Managerin oder Unternehmerin des Jahres Vorbilder schaffen, damit auch Mädchen und junge Frauen erkennen, welche Chancen das Unternehmertum bietet.

RM Christer Cremer wiederholt seine Auffassung, es handelt sich um rausgeschmissenes Geld; ein solcher Preis ist – auch mit Verweis auf die verstorbene Queen – nicht nötig. Zudem fragt er nach der Entscheidung über die Zusammensetzung der Jury.

Friederike Steinmetz verweist auf das zu erarbeitende Konzept, dass auch die Frage nach der Jury aufgreift.

Christina Dumstorff (SB) begrüßt die Grundidee des Antrages. Die Unterrepräsentation von Frauen in der freien Wirtschaft ist ein großes Problem. Weitere Konzepte zu entwickeln, um Frauen in der Wirtschaft in Köln zu stärken, wäre durchaus eine Aufgabe des Ausschusses. Sie schließt sich ausdrücklich der von Monika Möller vorgebrachten Kritik an. Sie sieht eine Gefahr, wenn die beiden Preise miteinander verknüpft werden.

Sarah Niknamtavin (SE) findet die Grundidee ebenfalls sehr gut und erkennt die Wertschätzung für Frauen in Führungspositionen. Sie wünscht sich einen Fokus auf Diversität und Chancen für migrantische Frauen, um besser in solche Führungspositionen einsteigen zu können.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger bedankt sich für die Hinweise, die die Verwaltung sicher aufnehmen wird, und ist gespannt auf das Konzept. Sie eröffnet eine zweite Runde.

RM Lukas Lorenz fragt, warum die Gewerkschaften nicht aufgeführt sind. Auch könnten Menschen aus dem Öffentlichen Dienst Managerin des Jahres werden. Problematisch findet er, dass die alternierende Preisvergabe in der Begründung, nicht aber im Beschluss formuliert ist.

„Managerin des Jahres“ wird bereits als Preis vom Managermagazin verliehen; deswegen sollte im Antragstext aufgegriffen werden, dass der genaue Name des Preises durch die Konzeptentwicklung festgelegt wird.

Teresa De Bellis-Olinger macht darauf aufmerksam, dass der Beschluss unter Punkt 1 den Hinweis enthält, dass der Preis alle zwei Jahre verliehen wird.

RM Mario Michalek findet, dass der Ausschuss tolle Ideen geäußert hat, die die Verwaltung aufgreift. Später erfolgt die Abstimmung über die Konzept- und Preisvergabe.

Teresa De Bellis-Olinger stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, im Jahr 2023 in Kooperation mit den Körperschaften des öffentlichen Rechts (IHK, HwK, Kreishandwerkerschaft), der KölnBusiness Wirtschaftsförderung-GmbH und dem Kölner Unternehmensbündnis „Mit Frauen in Führung“ eine Auszeichnung für Frauen ins Leben zu rufen, die die Verdienste von Frauen in Führungspositionen angemessen würdigt. Die Auszeichnung „Managerin des Jahres“ mit anschließender Preisverleihung soll alle zwei Jahre – beginnend in 2023 – verliehen werden.
2. Der Gleichstellungsausschuss stellt für dieses Vorhaben ein Budget von 25.000 € zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0111, Sonstige Innere Verwaltung, Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen.

Der Beschlusstext zu Punkt 2 wird mündlich wie folgt ergänzt:

Sofern der Betrag nicht im vollen Umfang abgebildet werden kann, bitten wir die Verwaltung, die noch nicht veranschlagten Mittel aus demselben Teilergebnisplan zu verwenden, wie im politischen Veränderungsnachweis 2022 am 4. Oktober 2021 beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

3 Allgemeine Vorlagen

3.1 Stellenplan für die Jahre 2023/2024 2346/2022

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger begrüßt **Mona Jansen** und **Hannes Ganze** vom Personal- und Verwaltungsmanagement, die für Fragen zur Verfügung stehen.

Will Harz (SE) betont, dass es wichtig und entscheidend ist, dass der Stellenplan nicht nur im AVR, sondern auch im Gleichstellungsausschuss besprochen wird. Für die Zukunft wünscht er eine Unterscheidung zwischen Stellenplananträgen und Neubewertungen, um zu schauen, ob es zwischen Frauen und Männer Unterschiede gibt. Auch regt er an, sich mit Daten bezüglich Teil- und Vollzeit zu befassen, um aus gleichstellungsrelevanter Perspektive den Stellenplan zu betrachten.

Monika Möller (SB) bezieht sich auf Anlage 3, Stellenplan der Gleichstellungsbeauftragten, und fragt, wie es zur Diskrepanz bei Anträgen auf Höherbewertung/Beförderung (LBGr. 2.1) bei Frauen kommt, deren Anträge wesentlich weniger positiv beschieden sind als bei Männern. Welche Bereiche betrifft das? Warum wurden die Höherbewertungen und Beförderungen abgelehnt? Wie ist die Stellenbesetzung innerhalb des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern bezogen auf Gender Mainstreaming? Eine Stelle dafür wurde bereits beschlossen.

Hannes Ganze, Personal- und Verwaltungsmanagement, erläutert, dass Anträge zu Stellenbewertungen aus der gesamten Verwaltung gestellt werden, und dass das Personal- und Verwaltungsmanagement auf die Besetzung der Stellen keinen Einfluss hat. Das Personal- und Verwaltungsmanagement schaut sich die Aufgabenstellung und die Anforderungen an eine Stelle an. Dies ist aufgabenbezogen und hängt vom Einzelfall ab, inwieweit die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, um Stellen anzuhoben oder nicht.

Bettina Mötting teilt mit, dass das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern für den kommenden Stellenplanantrag eine Stelle zu verfestigen beabsichtigt, die sich u. a. mit der Thematik „Gender Mainstreaming“ befasst. Für die Zukunft wurde ein entsprechender Antrag gestellt, der sich im vorliegenden Stellenplan noch nicht wiederfindet. Im Juni hat der Gleichstellungsausschuss einen Beschluss für eine Honorarkraft beschlossen, deren Umsetzung sich jedoch schwierig gestaltet.

Esther Kings (SB) äußert, dass es für die Zukunft interessant zu wissen, wie sich das Verhältnis von Befristung und Entfristung und das Verhältnis bezogen auf das Geschlecht darstellt.

Petra Engel, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, bedankt sich für die Nachfragen. Das Amt bewertet den Stellenplan aus Gleichstellungssicht vor dem Hintergrund der festgelegten Ziele aus dem Gleichstellungsplan. Für die Erreichung der Ziele bestehen zwei Möglichkeiten: Neubesetzungen von Stellen und Stellenneubewertungen. Die Auswertung bezieht sich auf die Stellenplananträge. Gemeinsam mit dem Personal- und Verwaltungsmanagement schaut sich das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern verstärkt die Führungsebene an. Die 50-Prozentmarke wird auf Ebene der Amtsleitungen im vierten Quartal erstmalig erreicht.

Das Personal- und Verwaltungsmanagement prüft die Stellen geschlechtsneutral; die Gleichstellungsbeauftragte schaut, ob die Stelle jeweils mit einem Mann oder einer Frau besetzt ist. Petra Engel geht kurz auf die gute Arbeit der Stellenbewertungskommission, die es seit 2019 gibt, ein. Ein Ergebnis der Kommission ist, dass die Hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte – schätzungsweise sind davon 98 Prozent Frauen – von EG 1 in EG 2 eingruppiert wurden. Auch leisten Gleichstellungsinstrumente wie Mentoring-Projekte, Netzwerk-Veranstaltungen und auch die Gender-Schulungen einen wertvollen Beitrag für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung.

Monika Möller (SE) regt an, dass die Beantwortungen der aufgeworfenen Fragen dem AVR und dem Finanzausschuss vorgelegt werden können.

RM Werner Marx regt an, dass diese Vorlage und die weiteren Vorlagen – analog zum Verfahren im AVR – ohne Votum zur Beratung in die weiteren Gremien geben.

Teresa De Bellis-Olinger greift den Vorschlag auf stellt ihn zur Abstimmung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2023/2024 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

ohne Votum in die nachfolgenden Gremien

**3.2 Stellenplan 2023/2024 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2082/2022**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2023/2024 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) zu.

Abstimmungsergebnis:

ohne Votum in die nachfolgenden Gremien

**3.3 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der
Stadt Köln für das Jahr 2023/2024
2282/2022**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2023/2024 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

ohne Votum in die nachfolgenden Gremien

3.4 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2023/2024 2307/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2023/2024 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

ohne Votum in die nachfolgenden Gremien

3.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2023/2024 2308/2022

Friederike Steinmetz (SB) fragt, warum bei den einzelnen Stellenplänen eine geschlechterdifferenzierte Analyse fehlt.

Hannes Ganze teilt mit, dass dies nur für die Kernverwaltung und den großen Stellenplan, nicht aber für die verschiedenen Eigenbetrieben und Eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen vorgesehen ist.

Der Ausschuss empfiehlt für die zukünftigen Stellenpläne eine geschlechterdifferenzierte Analyse auch für die Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen vorzunehmen und bittet darum, den entsprechenden Auszug der Niederschrift in die (Kultur-) Betriebsausschüsse zur Verfügung zu stellen.

RM Erika Oedingen merkt an, dass der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft den Stellenplan Gebäudewirtschaft bereits zur Kenntnis genommen hat. Demzufolge könnte es untergehen, wenn vom Gleichstellungsausschuss eine Empfehlung käme, den Stellenplan geschlechtsspezifisch aufzubereiten. Erika Oedingen fragt, wie man den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft über die Empfehlung in Kenntnis setzen kann.

Ausschussvorsitzende Teresa De Bellis-Olinger weist daraufhin, dass der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft nicht in der Beratungsfolge vorgesehen ist. Die Empfehlung geht an die nachfolgenden Gremien mit dem Auszug der Niederschrift.

Hannes Ganze stellt sicher, dass das Anliegen des Ausschusses angekommen ist und im AVR platziert wird.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Stellenplan des Gürzenich-Orchesters für die Kalenderjahre 2023/2024.

Abstimmungsergebnis:

ohne Votum in die nachfolgenden Gremien

3.6 Antrag zum Förderprogramm "Gleichstellung von Frauen und Männern" 2947/2022

RM Dilan Yazicioglu betont die Wichtigkeit des Antrages von HennaMond und fragt, ob noch andere Förderanträge eingegangen sind.

Bettina Mötting, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männer, teilt mit, dass neben dem zweiten Antrag von HennaMond keine weiteren Anträge eingegangen sind. Sie weist daraufhin, dass mit der beantragten Summe die Gesamtfördersumme für das Förderprogramm in Höhe von 45.000 € überschritten wird. Da es Restmittel an anderen Stellen gibt, kann dieser Antrag dennoch realisiert werden.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2022 stehen im Teilergebnisplan 0111, Sonstige Innere Verwaltung, Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen dem Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern insgesamt Fördergelder in Höhe von 200.000 Euro zur Verfügung.

In seiner Sitzung am 13. Juni 2022 hat der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern das Förderprogramm „Gleichstellung von Frauen und Männern“ in einer Höhe von 45.000 Euro beschlossen (Vorlagen-Nr. 1796/2022). Der Finanzausschuss hat am gleichen Tag ebenfalls die Freigabe der Mittel beschlossen.

Die Ausschüsse beschließen die Verteilung der Mittel für den vorliegenden Antrag wie folgt:

1. Die Ausschüsse beschließen den Mehrbedarf aus den veranschlagten Mitteln „Fördergelder Gleichstellung“ aus dem politischen Veränderungsnachweis 2022 des Amtes für Gleichstellung für Frauen und Männern zu decken, da hier nicht alle vorgesehen Mittel verausgabt werden. Nach Abzug der 5.700 € ständen Stand heute demnach noch Mittel in Höhe von ca. 17.000 € hier zur Verfügung.
2. Die Ausschüsse beschließen, dem Verein HennaMond e.V. für die Wanderausstellung „YOU GROW!!“ Mittel in Höhe von 7.000 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger weist auf die nächste Sitzung des Gleichstellungsausschusses am Montag, 31. Oktober 2022, 17 Uhr, hin und kündigt die Einladung der Verwaltung an die Ausschussvorsitzenden des Gleichstellungsausschusses und des Gesundheitsausschusses sowie an die gleichstellungs- und gesundheitspolitischen Sprecher*innen der stimmberechtigten Fraktionen zum Fachgespräch Endometriose am Montag, 17. Oktober 2022, 16.30 Uhr, an.

Sie beendet die Sitzung um 16:58 Uhr.

Teresa De Bellis-Olinger
Ausschussvorsitzende

Frank Neweling
Schriftführer